

# Vossische

10 Pfennig

Gez. 1462



1704

# Zeitung

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein'sche Buchdruckerei, Georg B. Freund, Verantw. Redakteur: Anton A. Handelsheim, Carl Mich. Berlin, Uckerl. Manuskripte werden nur zurückgenommen wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrungs-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3604, für den Paraverkehr: Amt Dönhofs 3606-3608 Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus Berlin Postcheckkonto Berlin 860.

## Der neue türkische Kurs

### Ablehr von Westeuropa

Von

Dr. Wilhelm Gebhann,

Verlagsleiter der „Vossischen Zeitung“

Stambul, 22. Januar

Diese Bestimmung gegen den Völkerverbund trieb die Türkei während der Wostallspannung in die Arme Rußlands, das sich seit dem Antisowjetischen Unabhängigkeitskrieg 1919-1920 als einziger hilfloserer Freund der Türkei bewährt hatte. Das Ergebnis war die Unterzeichnung des türkisch-russischen Neutralitätstraktates vom 17. Dezember 1925 in Paris, wozu der türkische Minister des Auswärtigen von Genf zur Begegnung mit Scharifschin gereist war.

Diese Bestimmung gegen die Westmächte, besonders gegen England, hat die Türkei jetzt zu noch längerer Anlehnung an Rußland getrieben, nachdem sie seit der Wostallungung zum Juni 1926 auf den wirtschaftlichen Bestand Westeuropas gewartet hatte. Das Ergebnis sind die Vereinbarungen, die in Angora mit Karadenz getroffen wurden und zum Teil im Protokoll vom 17. Dezember 1929 öffentlich festgelegt sind.

Die Türkei hat ihre diplomatische Unabhängigkeit dem russischen Freunde geopfert und macht Vereinbarungen mit den Nordmächten Rußlands von der Zustimmung Moskaus abhängig, wie umgekehrt Rußland mit den Nordmächten der Türkei nichts ohne Angora's Zustimmung vereinbaren wird. Die türkisch-russische Beziehung im stillen Mittelmeer, die von den Westmächten bei der Vorbereitung des „Mittelmeer-Panama“ bisher übersehen wurde, ist durch die Entdeckung des russischen Seebauwerks „Bassifalra Komana“ und des Kreuzers „Profintern“ ins Schwarze Meer untergefallen worden. Bei Gründung der türkischen Staatsbank wird, wie verlautet, Moskau mit irgendeiner zur Verfügung gestellten Goldwertes helfen. Die Türkei erhofft im übrigen ihre wirtschaftliche Erholung von systematischer Erhöhung der Auslandsanleihe durch die heimische Produktion. Der Reichsrat der „Mittelt“ vom 17. Januar gibt Klar zu verstehen, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit ringende Türkei sich demselben verweigern sollte, wenn man von einem neuen Kurs der türkischen Politik spricht.

Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, festzuhalten, daß die formalistische Türkei diesen neuen Kurs der Ablehr von Westeuropa nicht gewollt hat. Die Leiter der türkischen Geschäfte sind hierzu überzeugt davon, daß Westeuropäer ihnen einfach keine andere Wahl ließ. Seit Erläuterung der politischen Unabhängigkeit war es für jeden denkenden Menschen klar, daß die Erhebung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit das Ziel Mustafa Kemal's waren. Die Türkei erschaffen dafür den Bestand Europas. Sie glaubten, daß die neue Türkei durch ihre mühsamen Anstrengungen nach europäischem Vorbild ein Recht auf Europas Bestand erworben habe. Bittere Enttäuschungen hätten sie darüber auf, daß diese Hoffnung falsch war. Europa hat sich, wie der Abgeordnete Mahmut, ein Vertreter Mustafa Kemal's heute im „Mittelt“ sagt, noch nicht mit den Vorstellungen der abgeworfenen „Kontinentalen“, der Fremdenverträge im alten Osmanischen Reich, freimachen können. Was die neue Türkei an „Ehrerbietung“ bietet, genügt dem westlichen Kapitalismus nicht. Er verlangt „Kontrolle“, also wenn die alte Türkei Abdul Samids noch da wäre.

Epiet Mahmut in seiner Rede auf gewisse Befragungen mit England über eventuelle Finanzhilfe an? Es klingt fast so. Der

englische Flottenbesuch vom Oktober vorigen Jahres stellt auf jeden Fall eine Art von Schlußabende für die türkische Politik dar. Einen Augenblick schien es so, als sei die sorgsam vorbereitete, von beiden Seiten gewünschte Wiederannäherung zwischen der Türkei und England erreicht. Beim ersten Wort über die praktischen Auswirkungen des Freundesbesuchs löst der Traum zusammen zu sein, aller Anfang nach, weil von englischer Seite in schwer begrifflicher Unkenntnis über die hiesigen Strömungen

Bedingungen formuliert wurden, die für die „unabhängige“ Türkei unannehmbar waren.

Es hat England, ferner ohne es zu wollen, Karadenz die Wege geöffnet und der russischen Außenpolitik einen Erfolg beschert. Wostana Wirtschaft konnte die Türkei bisher nicht laden. Der von Europa verlassene Türkei erhielt jetzt in Rußland sogar den wirtschaftlichen Helfer. Sie wird gleich dem türkischen Freund verurteilen, ohne Europa auszunutzen, da Europa so wenig Verständnis für die türkischen Notwendigkeiten hat.

Ein neuer Kurs. Was er der Türkei und der Welt bringen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Grund zum Gedenken hat man einzuweisen nur in Moskau.

## Für große Koalition

### Breussische Verhandlungen

Unter dem Vorhild des Ministerpräsidenten Braun findet heute nachmittags eine Besprechung der Vertreter der bisherigen drei Koalitionsparteien über die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen statt.

Die demokratische Fraktion, die durch Abgeordneten Raft, den Minister Höpfer-Schiff und den Abgeordneten Michel bei dieser Besprechung vertreten sein wird, hat nach mehrstündiger Beratung folgende Forderungen gestellt:

Die demokratische Landtagsfraktion hält heute wie bisher die Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen für erwünscht und sie ist bereit, hierfür Opfer zu bringen, glaubt aber, daß sie nicht angemeldet werden kann, allein solche Opfer zu bringen.

Die Bestellung eines Ministers ohne Portfolioe widerspricht dem Gedanken der Verwaltungsreform und der Notwendigkeit überhöhter Sparmaßnahmen auf allen Einnahmeseiten. Ein Arbeitsgeber fällt bei den neu zu beschaffenden Ministern; es kaum zu finden. Die demokratische Fraktion würde damit einverstanden, wenn sich ein im Amt befindlicher Reichsminister der Volkspartei bereit erklären sollte, gleichzeitig das Amt eines preussischen Staatsministers zu übernehmen.

Bei der Besetzung des Kultusministeriums muß auf die Bestimmung der konfessionellen Bevölkerungsverhältnisse Rücksicht genommen werden, weil der derzeitige Staatssekretär im preussischen Kultusministerium Raftoff ist. Die demokratische Fraktion bietet den Ministerpräsidenten, weitere Verhandlungen, die nach der Besetzung ausschließlich in seiner Hand liegen könnten, nach diesen Gesichtspunkten zu führen.

## Moldenhauer und Schacht

Dr. Moldenhauer, der seit der Jänner-Gesellschaftsfestung im großen Maß eine rasch gewonnene Popularität besitzt (am Samstagabend auf dem Reichstag hat man vor der Eberle von abhelfen nach ihm fragen hören), wird heute die zweite Bedeutung des Entwurfes eines Hindenburg-Monopolgesetzes benötigen, um im Reichstag ein Finanzpolitisches Exposé vorzutragen. Er hat verstanden, um die Finanzlage ungeschönt zu zeigen, wie sie im Augenblick wirklich aussieht, und man darf neuerlich hoffen, welches Eindringen von dem finanziellen Status des Deutschen Reiches man noch hierher habe haben wird. Es scheint schon jetzt gemäß: das Steuerfinanzprogramm, wie es im Dezember veröffentlicht wurde, kann nicht eingehalten werden; es wird, wenn nicht aufgehoben, so doch zumindest aufgehoben werden müssen. Eine merkwürdige Situation, daß das ein Finanzminister sein werden müssen, der zur Deutschen Volkspartei gehört, die diese Steuerentlastung am dringlichsten verlangt hat und es beinahe zum Zweck in der Koalition hat kommen lassen, weil die Sozialdemokratie ehlich genug war, sich an ein Programm nicht binden zu wollen, das sie für unübersichtbar hielt.

Nach der Reichstagsabstimmung werden sich die führenden Männer der Koalition mit dem Kanzler und den beteiligten Reichsministern zusammenkommen, um über den Fall Schacht zu reden. Es ist ein „fall Schacht“, obwohl es sich um die grundsätzliche Behandlung des neuen Reichsbank-Gesetzes handelt. Die Sozialdemokratie will aus dem Reichstag den gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten im Saag die entsprechenden Forderungen ziehen und hat mehrere Anträge vorbereitet, durch die die Abänderungen einzelner Bestimmungen des Reichsbank-Gesetzes, wie er im Saag vereinbart worden ist, erreichen will. Im wesentlichen gien

die Anträge darauf ab, den Einfluß der Regierung auf die Zusammenfassung des Generalrats zu fixieren, sowie auf die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten.

Die Aussicht, daß die Koalitionsparteien sich mit den sozialdemokratischen Anträgen in der letzten Form einverstanden erklären werden, ist gering. Nicht weil die bürgerlichen Koalitionsparteien in dem Urteil über Schacht von der Sozialdemokratie abwichen; der Reichsbankpräsident hat es freilich noch, eine einheitliche Meinungsfront gegen ihn zu bilden. Aber nicht alle Parteien wollen in den prinzipiellen Forderungen soweit gehen wie die Sozialdemokratie. Man wird nach einer gemeinsamen Formel lauden und sicher zu vermeiden wissen, daß der Fall Schacht als Sprengmittel in der Koalition wirkt.

Es ist übrigens auffallend, wie schnell das Oernde um die Schweregeiten der Koalition wieder abgeflaut ist, seitdem die Verhandlungen in Preußen bekannt geworden sind, jetzt in das bestehende Stadium treten.

## Zentrum und Bayerische Volkspartei

Verhandlungen in Berlin

Zwischen den Führern des Zentrums, Prälat Kasch und Dr. Brüning einseitig, sowie den Führern der Bayerischen Volkspartei, Ministerpräsident Seid und Abgeordneter Schoefer anbereitet, haben heute in Berlin Besprechungen stattgefunden, die politische Tragweite haben. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei vor allem über Finanz- und Steuerfragen. Die Gegenfraktion der Bayerischen Volkspartei gegen die Volkspartei ist noch immer sehr groß und Bayerns Wünsche in Bezug auf den Finanzausgleich sind immer noch sehr abweichend von dem Plan der Regierung. Es soll der Versuch gemacht werden, eine Einigung auf einer mittleren Linie zu erzielen.

## Aufgehobenes Todesurteil

Jerusalem, 27. Januar | Ulstein-Nachrichtendienst

Unter außerordentlichen Anteilnahme der Bevölkerung fand heute vor dem Appellationsgericht die Verhandlung gegen den zum Tode verurteilten Josef Miszack Orpali statt, der in Verbindung mit den jüngsten Unruhen des Nordens an zwei Wochentagen angeklagt war. Infolge widerprechender Zeugenaussagen wurde das Todesurteil gegen Orpali aufgehoben und der Versuch an die erste Instanz zurückverwiesen. Eine außerordentlich große Menge hatte vor dem Gericht das Urteil erwartet.

## Die Kriegsgefahr im Gran Chaco

### Eingreifen der A.B.S.-Staaten?

New York, 27. Januar | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Kriegsgefahr im Gran Chaco hat sich neuerdings wieder deutlich gezeigt, daß man nunmehr ein Eingreifen der A.B.S.-Staaten erwartet, um Ruhe und Frieden in Südamerika zu gewährleisten. Die Intervention der drei Länder würde vornehmlich die vorübergehende Befehung eines transandinen Straßens be-

Chacogebiete durch argentinische, brasilianische und chilenische Truppen zur Folge haben.

Auf die Mitteilung Valdens an den Völkerverbund teilte das Regierungsinstitut Paragwais mit, daß es bereits fünf Tage vor dem ersten Zwischenfällen funktionsfähig Befehle aus der Paz aufgegeben habe, die die bolivianischen Truppen anweisen, den Vormarsch in breiter Front anzutreten.

Der Kommandeur der bolivianischen Truppen habe ausdrücklich, daß die Passagiere des Völkerverbundes äußerst erwidern.